

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 888846 ppbn d

## Inhalt

Dieter Schanz MdB zieht  
Schlußfolgerungen aus  
Gesprächen und Eindrücken  
in Hanoi: Die Veränderungen  
in Vietnam anerkennen - und  
handeln.

Seite 1

Heidemarie Wiczorek-Zaul  
MdB zieht eine Bilanz der  
Menschenrechtspolitik der  
Bundesregierung: Beschä-  
mend.

Seite 4

Heinz Westphal MdB erin-  
nert an Paul Löbe, der vor  
20 Jahren starb: Ein tapfer  
Sozialdemokrat und großer  
Parlamentarier.

Seite 5

42. Jahrgang / 144

3. August 1987

Die Veränderungen in Vietnam anerkennen - und handeln

Schlußfolgerungen aus Gesprächen und Eindrücken in Hanoi

Von Dieter Schanz MdB  
Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
des Deutschen Bundestages

„Vietnam wird sich spätestens bis 1990 aus Kambodscha zurückziehen“, erklärte der Leiter für internationale Verbindungen beim ZK der Kommunistischen Partei Vietnams, Hoang Bich Son, bei einem Gespräch mit der Delegation des Deutschen Bundestages, die kürzlich Hanoi besuchte. Diese Aussage wurde vom Hanoi-er Vizeaußenminister Tran Quang Co unterstützt. Sie gewinnt zusätzliche Bedeutung durch die Tatsache, daß der sowjetische KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in einem Interview mit der indonesischen Zeitung „Merdeka“ am 23. Juli 1987 sich ähnlich geäußert und zugleich die Hoffnung ausgesprochen hat, daß eine friedliche Lösung des Kambodscha-Problems möglich sein wird.

Außer Frage steht, daß ein solcher Schritt seitens Vietnams die politischen Rahmenbedingungen im südostasiatischen Raum verändern würde. Auch das politische Verhalten der Bundesregierung zu den Asean-Staaten dürfte beeinflusst werden. Von untergeordneter Bedeutung ist, ob Vietnam seinen Rückzug deshalb vollzieht, weil ihm Kambodscha zu teuer geworden ist oder weil es einen Weg aus der selbstgewählten Isolation sucht, die von Thailand und China noch verstärkt und ausgebaut wurde. Vielleicht hat Vietnam auch erkannt, daß die Entwicklung des Landes und die Bekämpfung des Hungers nur im Frieden möglich sind. Tatsache ist, daß sich die Politik Vietnams nach dem 6. Parteitag der Kommunisten im Dezember 1986 fundamental geändert hat.

Ich bin der Meinung, die Bundesrepublik Deutschland sollte nicht so lange warten, bis die USA oder Japan auf den Plan treten beziehungsweise den neuen Markt entdecken. Deutsch-vietnamesische Entwicklungszusammenarbeit sollte wieder mög-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Drucksatz  
mit 100% Recyclingpapier



lich sein und schnell auf allen Ebenen aufgenommen werden. Natürlich müßte behutsam begonnen werden. Eine Zusammenarbeit zunächst unterhalb der Regierungsebene zum Beispiel zwischen Nichtregierungsorganisationen wäre ein brauchbarer Prüfstein.

\*

Es ist nicht verständlich, warum die SPD diesen Teil der Welt in den vergangenen Jahren wie einen weißen Fleck behandelt hat. Sie muß sich als große Oppositionspartei von ihrer regierungsemittlichen Vergangenheit lösen und darf sich keinesfalls von den Grünen den Rang ablaufen lassen. Wichtig ist nun vor allem: wir müssen jetzt dranbleiben.

\*

Die Bundesregierung muß aufgefordert werden, zu handeln. Gute Kontakte zu China und Thailand allein reichen nicht aus. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die derzeitige militärische Zusammenarbeit zwischen China und Thailand eng und gut ist, liegt die Vermutung nahe, daß beide Staaten am derzeitigen Status quo interessiert sind. Dennoch darf sich die Bundesrepublik nicht die Handlungsmöglichkeiten in Richtung Vietnam beschneiden lassen, weil sie etwa empfindliche Reaktionen Chinas oder Thailand befürchtet. Im Sinne einer aktiven Rolle bei der weltweiten Friedenssicherung ist jetzt konstruktives Handeln nötig.

\*

Vor Ort wären folgende Fragen zu klären: Was geschieht, wenn sich Vietnam 1990 aus Kambodscha zurückzieht? Was wird mit Pol Pot und seinen 40.000 unter Waffen stehenden Roten Khmer geschehen? Sind die 3.000 Soldaten von Prinz Sihanouk und die 6.000 Soldaten von Hansamrin dem Übergewicht der Roten Khmer gewachsen? Wird die Dreierkoalition in Kambodscha Bestand haben und wird sich Sihanouk als der glaubwürdigste Partner im Endeffekt durchsetzen? Welche Rolle können die Weltmächte und die EG künftig spielen?

Garantiert werden muß, daß die Kambodschaner unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Das jahrelange Schweigen der Weltöffentlichkeit ist vor dem Hintergrund der drei Millionen von Pol Pot und seinen Roten Khmer ermordeten Kambodschaner nicht zu rechtfertigen. Es ist Zeit zu begreifen, daß man Vietnam trotz all seiner Fehler in der Vergangenheit nicht allein lassen darf.

\*

Besonders bemerkenswert ist, daß in Hanoi Gespräche über die Menschenrechtssituation beziehungsweise über die noch vorhandenen Umerziehungslager möglich waren. Unsere Delegation hatte vor ihrer Abreise Kontakt mit amnesty international aufgenommen. Die gesamte Problematik konnte anhand eines konkreten Falls mit hohen Regierungsbeamten diskutiert werden. Sie nahmen den Vorschlag, eine international anerkannte unabhängige Persönlichkeit zu berufen, die Beschwerdefälle von Lagerinsassen zu prüfen hätte, mit Interesse auf.

Unabhängig davon sprach die Bundestags-Delegation die Frage an, ob nach nunmehr fast 15 Jahren Kriegsende nicht die Möglichkeit einer Amnestia bestünde. Mehr Offenheit wäre sicher auch im Interesse Vietnams. Fraglich bleibt allerdings, ob die USA bereit wären, jene 6.000 „Kriegsverbrecher“, so die vietnamesische Lesart, beziehungsweise Kombattanten der Vereinigten Staaten aus der Zeit des Krieges aufzunehmen. Schwer verständlich ist, daß die USA sich nur um Einzelfälle kümmern.

Eine Amnestie böte Vietnam Gelegenheit, sein Image vor der Weltöffentlichkeit aufzubessern. Ohnehin zu wenig beachtet worden ist die Tatsache, daß Kriegsverbrecher nach Kriegsende nicht verurteilt



beziehungsweise hingerichtet worden sind; dies jedenfalls die Darstellung von Gesprächspartnern der deutschen Delegation. Es fällt schwer, die Situation in den Lagern zu beurteilen, da die Menschen überall im Land selbst bei härtester Arbeit Entschädigungen jedweder Art zu tragen haben.

Das vietnamesische Volk braucht Hilfe! Diejenigen, die noch Ende der 80er beziehungsweise Anfang der 70er Jahre lauthals die Beendigung der US-amerikanischen Aggression in Vietnam forderten, sind merkwürdig still geworden. Der Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha war selbstverständlich eine Zäsur. Diskutiert werden sollte auch, wie China und Thailand die Situation in Kambodscha ausgenutzt haben.

Nunmehr sollten Voraussetzungen für bessere Beziehungen zwischen Vietnam und der Bundesrepublik geschaffen werden, gerade mit Blickrichtung auf das Jahr 1990. Die vom 6. Parteitag der vietnamesischen Kommunisten bekundete Bereitschaft zur Öffnung und zur Zulassung gemischter Wirtschaft sollte genutzt werden. Unsere Delegation konnte sich überzeugen, daß es zum Beispiel für Nichtregierungsorganisationen beider Seiten ausreichende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit gibt. Drei Kooperativen im Bereich des Handwerks und des Kleingewerbes (Nähadelfabrik, Nähmaschinenfabrik, Leder-Kunststoff-Manufaktur) wären geeignet, mit deutschen Partnern zusammenzuarbeiten. Darüber gibt es für Kirchen und andere, kleinere Nichtregierungsorganisationen breite Betätigungsfelder. Daß das „Friedensdorf Oberhausen“ in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle spielt, konnte ich als Wahlkreisabgeordneter der Ruhrgebietsstadt mit besonderer Freude zur Kenntnis nehmen.

Japan hat in den letzten 18 Monaten ein verstärktes wirtschaftliches Interesse an Vietnam gezeigt, worauf nicht zuletzt ein Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 8. Mai 1987 hingewiesen hat. Die japanische Offensive hat in den ASEAN-Staaten und in China bittere Kommentare und Proteste ausgelöst. Zugleich zeigt sich daran, daß die Japaner ihre Interessen richtig einzuschätzen wissen. Ein solches Vorgehen muß im übrigen nicht unbedingt im Widerspruch zu einer vernünftigen Entwicklungspolitik stehen, wie sie in der gemeinsamen Entschließung aller Bundestagsfraktionen vom 5. März 1987 ihren Ausdruck gefunden hat.

Die Teilnehmer der Bundestags-Delegation werden nach der Sommerpause ihre Reiseeindrücke in den jeweiligen Fraktionen zur Geltung bringen. Versucht werden muß, auf die Regierungspolitik Einfluß zu nehmen, damit so schnell wie möglich wirksame Hilfe gewährt wird. (-/3.8.1987/rs/ks)



**Beschämend****Eine Bilanz der Bonner Menschenrechtspolitik**

Von **Heidemarie Wiczorek-Zeul** MdB  
SPD-Präsidiumsmitglied

Die Bilanz der Menschenrechtspolitik der Bonner Koalition ist beschämend. Davon können auch die aner kennenswerten Aktionen des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Norbert Blüm in Chile nicht hinwegtäuschen. Selbst wo einfache Bekundungen zu internationalen Vereinbarungen gefragt sind, schweigen die Koalitionsparteien. Solange beispielsweise die Bundesregierung nicht die Kraft findet, endlich die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen zu ratifizieren, besteht die Gefahr, daß der beachtliche Einsatz Blüms zu einem Stück Geißlerscher Partei-Taktik verkommt. Wenn dieser Einsatz wirklich meßbare Folgen haben soll, muß Bonn seine Menschenrechtspolitik grundlegend ändern.

In diesem Zusammenhang ist auf das beharrliche Schweigen Bonns gegenüber den pausenlosen Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei, im Iran und in Südafrika zu verweisen. Nach Feststellung der Gefangenenhilfe-Organisation amnesty international wird auch unter der jetzigen Regierung systematisch gefoltert. Religiöse und kulturelle Minderheiten erleiden blutige Unterdrückung. Mit Billigung des christlich-demokratischen Bundeskanzlers und seines christlich-sozialen Bundesinnenministers wird gefolterten türkischen Christen in der Bundesrepublik Asyl verweigert, während der liberale Außenminister bemüht ist, die vom Europäischen Parlament blockierte Finanzhilfe für diesen NATO-Staat loszueisen, der auch durch seine fortdauernde Verfolgung der Gewerkschaften eine traurige Berühmtheit hat.

Nur Papier hat die Bundesregierung zur Beendigung der Apartheid in Südafrika beigesteuert, wo gegenwärtig mindestens 20 Apartheid-Gegner in der Todeszelle sitzen. Bundesaußenminister Genscher und sein Parteivorsitzender Bangemann sind gemeinsam mit Franz Josef Strauß die zuverlässigsten Interessenvertreter des Rassistenregimes. Sie stehen in den EG-Gremien immer auf der Seite Pretorias und blockieren wirksame Maßnahmen gegen das Botha-Regime.

Ebenfalls mehr von Geschäftsinteressen als vom Bemühen, etwas für die Verwirklichung der Menschenrechte zu tun, kennzeichnet auch die Politik der Bonner Koalition gegenüber dem Iran. Die Vorgänge dort, wo politische Gegner zu Tausenden nach Schnellgerichtsverfahren ohne Berufungsmöglichkeiten und erzwungene Verteidigung hingerichtet wurden und werden, übergeht Bonn mit Schweigen. Wenn wir die jetzt angekündigte Menschenrechts-Kampagne der CDU bewerten, werden wir fragen, was Heinrich Geißler und sein Anhang zu diesen blutigen Regimen gesagt und was sie zur Wahrung der Menschenrechte unternommen haben.

(-/3.8.1987/rs/ks)



**Erinnerungen an Paul Löbe**

Zum 20. Todestag des tapferen Sozialdemokraten und großen Parlamentariers

Von Heinz Westphal MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Das kleine Buch mit den „Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten“, 1949 im Arani-Verlag, Berlin, erschienen, verdient eigentlich, neu herausgegeben zu werden. Ich habe Paul Löbes - wie er selbst schreibt - „schlichte Sammlung persönlicher Erinnerungen“ gern besonders an junge Menschen ausgeliehen, die auf der Suche nach überzeugenden Vorbildern sind. An seinem Todestag, der sich am 3. August 1987 zum zwanzigsten Male jährt, möchte ich aufmerksam machen auf ihn, auf diesen Großen der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung, auf diesen einzigartigen Repräsentanten einer politischen Kultur, die nachzuahmen wir alle Grund haben.

Paul Löbe war der von allen Demokraten anerkannte Präsident des Deutschen Reichstags der ganzen Jahre der Weimarer Republik bis 1932 die der Machtergreifung nahen Nazis ihn durch Göring verdrängten. Paul Löbe war - wie selbstverständlich - von den politischen Köpfen der Verschwörung des 20. Juli 1944, Goerdefer, Leuschner, Leber, vorgesehen als Vorsitzender eines demokratischen Senats, der bis zu einer Wahl eines neuen Parlaments die Kontrollaufgaben gegenüber der ersten Regierung nach Hitler erfüllen sollte. Paul Löbe war dabei, als in Berlin 1945 der Neuaufbau begann. - Er entschied sich zusammen mit Louise Schröder gegen die von den Kommunisten betriebene Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien und für den demokratisch-sozialistischen Weg.

Und dann - auch dies, wie selbstverständlich - formte er im Parlamentarischen Rat mit an unserem Grundgesetz und die Berliner SPD entsandte Paul Löbe 1949 in den Deutschen Bundestag, den er als Alterspräsident eröffnete.

Nie hat es für irgendjemand einen Zweifel an der Gradlinigkeit seines Verhaltens, menschlich und politisch, gegeben. Selbst die Nazis, die Paul Löbe mehrfach in ihre Konzentrationslager sperrten,



scheiterten mit ihren Versuchen, diesen Mann in unwürdigster Weise seine Ehre zu nehmen. Es ist imponierend, zu lesen, in welcher Weise er den Handlangern des faschistischen Regimes entgegentrat. Und wer diese Zeit mit offenen Augen miterlebt hat, hat eine Vorstellung davon, welcher Mut dazu gehörte und welche Gefahr drohte.

Es gibt ein Bild aus dem Jahr 1927, auf dem der Reichstagspräsident Paul Löbe inmitten einer Schar fröhlicher Arbeiterkinder der ersten Zeitlager-Republik der „Roten Falken“ in Seekamp bei Kiel steht. Man kann an seinem Gesicht erkennen, wie wohl er sich in diesem Kreise fühlte. Da kam er selbst her, aus dem proletarischen Milieu einer schlesischen Handwerker-Familie. Nun hatten Kinder die Chance, Sonne, Ferien, Freude in Gemeinschaft zu erleben, und er hatte dies mitbewirken können. Und er wollte, daß diese jungen Menschen kämpferische, aber tolerante Sozialisten werden auf einem leichteren, besseren Weg als er ihn zu gehen hatte, der schon als Kind zum Unterhalt der Familie beitragen mußte und der als knapp über 20jähriger Redakteur bei der Breslauer „Volkswacht“ wegen eines Aufrufs gegen das ungerechte preußische Dreiklassen-Wahlrecht zum ersten Male für ein ganzes Jahr im Gefängnis sitzen mußte.

Wer das Glück hatte, Paul Löbe zu begegnen, ihn persönlich zu kennen, der trägt die Erinnerungen an gemeinsame Erlebnisse sein Leben lang mit sich und sagt gern, daß er in ihm das Vorbild gefunden hat. Die ruhige, sichere, einfache Darlegung seiner Argumente, die Ausstrahlung von menschlicher Güte und Herzenswärme, die Fairness gegenüber Andersdenkenden, die Unbeirrbarkeit und Gradlinigkeit von Paul Löbe sind wohl schwer zu erreichen, aber sie anzustreben kann für viele das Ziel sein.

Im Raum der SPD-Fraktion neben dem Plenarsaal des Bundestages hing das Bild Paul Löbes und mahnte uns Sozialdemokraten zu Fairness und Standhaftigkeit. Im neuen Bau des Bundestages, so hat Bundespräsident Dr. Jenninger versichert, wird die Büste des hochgeschätzten Reichstagspräsidenten Paul Löbe einen zentralen Platz im Eingangsbereich erhalten. Die Demokratie und insbesondere der Parlamentarismus sind symbolisiert in dieser großen Persönlichkeit unserer Geschichte.

(-/3.8.1987/rs/ks)

